

# SVP fordert Frist für Demo-Gesuch

Am 15. Januar wurde eine Demonstration kurz vor Beginn mündlich bewilligt. Dies hat einen Vorstoss ausgelöst.

Fabio Vonarburg

Als der Regierungsrat Mitte Januar die Maskenpflicht ab der 1. Primarklasse beschloss, formierte sich Widerstand. 500 Personen versammelten sich am Samstag, 15. Januar, um in der Stadt Solothurn gegen den Entscheid zu demonstrieren. Was jedoch fehlte: die Bewilligung für die kurzfristig einberufene Kundgebung.

Walter Lüdi, Kommandant der Stadtpolizei Solothurn, sprach darum mit einigen Anwesenden. Man habe dann eine Route durch die Stadt abmachen können und die Kundgebung vor Ort mündlich bewilligt, erklärte der Polizeikommandant im Januar dieser Zeitung. Daraufhin zogen die rund 500 Personen, darunter viele Kinder, mit Transparenten und Trommeln durch die Stadt.

## Die SVP befürchtet Präzedenzfall

Am Vorgehen von Seiten der Stadt Solothurn stört sich die SVP-Fraktion. Sie hat eine Motion eingereicht, die voraussichtlich am 22. März im Gemeinderat behandelt wird. Die Befürchtung: Durch die mündliche Bewilligung erst kurz vor einer Kundgebung könnte ein Präzedenzfall geschaffen worden sein.

Um dies zu verhindern, «sollte der Zeitpunkt einer solchen Bewilligung für eine solche Kundgebung genauer spezifiziert werden», heisst es in der Motion mit Erstunterzeichner Patrick Käppeli. So hätte die Stadtpolizei mehr Vorlaufzeit zur Beurteilung der Lage und es gäbe klare Spielregeln für die Gesuchsteller, wird in der Motion argumentiert.

Tatsächlich ist die derzeitige Formulierung in der Polizeior-



Bild von der Demonstration, die kurz vor Beginn vom Kommandanten der Stadtpolizei mündlich bewilligt wurde. Bild: Raphael Karpf (15. Januar)

nung schwammig. Darin heisst es: «Umzüge und Demonstrationen sind der Stadtpolizei frühzeitig zu melden.»

## Was laut Stadtpräsidium gegen eine fixe Frist spricht

Das Stadtpräsidium empfiehlt dem Gemeinderat, die Motion der SVP abzulehnen. Ein Bewilligungsgesuch für einen Umzug könne problemlos mit einem vorgegebenen Vorlauf gestellt werden.

«Anders sieht es bei Demonstrationen aus.» Solche seien meist Willensäusserungen einer Gruppierung, die sich auf

eine aktuelle Situation stützen. Weiter verweist das Stadtpräsidium auch darauf, dass es auf die Grösse einer Kundgebung ankomme. Eine grössere Demonstration erfordere zwingend eine Bewilligung mit Auflagen, da Strassen gesperrt und Umleitungen organisiert werden müssen und es ein Sicherheitskonzept brauche. Bei kleineren Anlässen reiche ein Gespräch mit den Veranstaltern jedoch.

Und so hält das Stadtpräsidium fest: «Alle verschiedenen Arten von Kundgebungen mit einer starren Vorgabe durch

eine Gesuchsfrist zu regeln, wäre für einen Teil der Anlässe störend.» Die heutige Regelung lasse der Polizei den nötigen Spielraum.

Dabei schaute die Stadt Solothurn auch, wie es andere Städte in der Umgebung handhaben. Diese würden zwar Fristen kennen, so das Stadtpräsidium, «diese sind aber kein Killerargument für Bewilligungen». Und: «Viel wichtiger ist, dass mit den Veranstaltern nach Lösungen gesucht werden kann, um Ordnung und Sicherheit aufrechterhalten zu können.»

Wenn eine Frist in die Polizeior-

## Fassade Richtung Riedholplatz ist einsturzgefährdet

**Altstadt-Brand** Noch immer ist es nicht möglich, die Gebäude in der Altstadt zu betreten, die am Montagabend, 7. März, stark gebrannt haben. Der Bereich ist auch weiterhin abgesperrt. Ein Statiker hat die Schäden des Brandes nun von Aussen begutachtet. Seine Einschätzung: Ein Teil der Mauern auf der Westseite, heisst in Richtung Riedholplatz, sind stark einsturzgefährdet. Dies teilt Sergio Wyniger mit. Er ist der Präsident der Bürgergemeinde Solothurn, der das vom Brand betroffene Altersheim Thüringenhaus Alhört. Gemäss Empfehlung des Statikers wird nun versucht, die Mauern abzustützen und damit die Fassade vor dem Einsturz zu bewahren. Möglicherweise mithilfe von Baumstämmen. Diese Arbeiten beginnen voraussichtlich in den kommenden Tagen. Wie Wyniger weiter mitteilt, ist noch in Abklärung, ob allenfalls Holz aus den Wäldern der Bürgergemeinde dabei eingesetzt werden kann.

Aufgrund der Einsturzgefahr bleiben die kürzlich begonnenen Arbeiten am Riedholzturm weiterhin unterbrochen. Geplant ist, dass diese am 8. April wieder aufgenommen werden. Zuerst wird der Turm dann weiter eingerüstet. Zusätzlich sind nun auch Reinigungsarbeiten vorgesehen, um die Spuren des Brandes zu beseitigen.

Dass ein Teil des Baugerüstes am Brandabend bereits stand, kam gelegen. Die Feuerwehr konnte den Brand vom Baugerüst aus bekämpfen. Dies sparte Zeit, da keine Leiter gestellt werden musste. «Dadurch haben wir zehn Minuten gespart», sagte der Kommandant der Feuerwehr Solothurn, Boris Anderegg, am Tag nach dem Brand. «Es hat sich wieder gezeigt: Ein Feuerwehreinsatz läuft nicht nach einem Drehbuch, vieles ist jeweils spontan.» (fvo)

# Kunstsupermarkt gewinnt Anerkennungspreis

Nebst der Ehrung wurde an der Generalversammlung der Stadt- und Gewerbevereinigung ein neuer Präsident gewählt.

Susanna Hofer

«Das war eine Überraschung», sagt Peter Lukas Meier, Betreiber des Kunstsupermarktes, der im Rothus Solothurn jeweils um die 25 000 Besucher anlockt. Meier durfte an der 13. Generalversammlung der Stadt- und Gewerbevereinigung Solothurn dafür den diesjährigen Anerkennungspreis entgegennehmen.

«Wir machen weiter, die grosse Anerkennung des Kunstsupermarktes motiviert uns natürlich sehr», so Meier. Er und seine Frau Judith hätten beschlossen, die 5000 Franken, die man mit dem Preis erhalten habe, an die Glückskette zu spenden – zu Gunsten der Ukraine. Die Vereinigung würdigte Meiers Kreativität, seinen «unerschütterlichen Glauben an die Idee des Kunstsupermarktes».

Nachdem die beiden letzten Generalversammlungen wegen Corona nur schriftlich hatten

durchgeführt werden können, trafen sich 85 Teilnehmende in der Rythalle Solothurn.

## Wechsel an der Spitze des Gewerbes der Stadt

Nach sechs Jahren an der Spitze der Gewerbevereinigung durfte Tobias Jakob seinen Nachfolger zur Wahl vorschlagen: Einstimmig wählte die Versammlung den Rechtsanwalt und Notar Reto Gasser zum neuen Präsidenten. «Ich möchte auch in Zukunft alle Mitglieder einbinden in die Entscheidungsprozesse», so Gasser und fügte an: «Solothurn bietet viel, wir haben einen guten Mix in der Stadt.» Er ziehe es vor, Dinge am Telefon direkt und persönlich zu besprechen, statt 20 E-Mails zu schreiben.

Der scheidende Präsident Tobias Jakob wurde von Peter Kurz, Vizepräsident der Credit Suisse, verabschiedet. Man habe seine klaren Positionen ge-

schätzt sowie sein Netzwerk. Weiter wurde an der Generalversammlung das Projekt «SO klappt's» vorgestellt, das unter anderem von der Stadt- und Gewerbevereinigung initiiert wurde. Achim Bader, Präsident des

Vereins Selbstvertretung des Kantons Solothurn, stellte eine mobile Rampe vor, die Menschen mit Beeinträchtigungen oder Leuten mit Kinderwagen den Einlass in die Geschäfte Solothurns erleichtern oder über-

haupt erst ermöglichen soll. «Ein Elektrorollstuhl ist gut und gerne 200 Kilogramm schwer; damit kann es schon Probleme geben, eine Schwelle von 5 cm zu überwinden», so Bader. Nur wenn man selbstständig sei, sei man auch selbstbestimmt. Sonst könne schon der Kauf eines Blumenstrausses zum Valentinstag ein Ding der Unmöglichkeit werden. Die Rampe, die den Mitgliedern stark vergünstigt angeboten wird, erfülle alle Anforderungen an Sicherheit und Handlichkeit, so Bader. Die Stadt Solothurn könne damit anderen Städten als barrierefreiste Kantonshauptstadt ein Vorbild werden. Das sei auch nicht so schwer, da die Stadt klein sei. Jürgen Hofer von Region Solothurn Tourismus schloss sich dem Votum an; alle Infos zur Zugänglichkeit seien auf der Website von Solothurn Tourismus zu finden. «Das Geld für die Rampe ist gut investiert, es kommt

zurück», so Hofer und meinte schmunzelnd: «Wir sind alle froh darum, wenn wir dann mal mit dem Rollator unterwegs sind.»

## Die Stadtpräsidentin zum geplanten Casino

Das Schlusswort hielt Stadtpräsidentin Stefanie Ingold. Ihr sei von der Stadt- und Gewerbevereinigung ein positiver Eindruck attestiert worden und sie hoffe, das bleibe so. Ingold nahm Bezug auf den Altstadtbrand und dankte der Feuerwehr für ihren Einsatz. Ebenfalls erwähnte sie die schlimme Situation in der Ukraine.

Zum Schluss kam sie auf das geplante Casino zu sprechen und meinte, sie sei überall darauf angesprochen worden. Ingold: «Ich sehe primär die Chance.» Aber zuerst müsse überhaupt einmal ein Standort gefunden werden, so Stefanie Ingold.



Peter Lukas Meier, Betreiber des Kunstsupermarkts. Bild: Tom Ulrich